

nachbarschaftliche Freundschaft die Zeit überdauert habe, egal was in der nationalen oder internationalen Situation beider Länder passiert sei. Er fügte hinzu, dass China Pakistan immer als verlässlichen Freund betrachte.

Ähnliche Worte hatte auch der pakistanische Ministerpräsident Mir Zafarullah Khan Jamali Anfang Juli bei einer Ansprache auf einem pakistanischen Luftwaffenstützpunkt in Karachi gefunden. In Zusammenhang mit der Überholung eines in China hergestellten Triebwerks sagte er, die chinesisch-pakistanische Freundschaft sei dauerhaft und würde mit der Zeit weitere Stärkung erfahren. Die Zusammenarbeit mit China bei der Überholung von Triebwerken soll über dreißig Jahre zurückreichen.

Des Weiteren wurde im Juli durch den chinesischen Botschafter in Islamabad ein von China durch ein 27,5 Mio. Yuan teures zinsloses Darlehen subventioniertes technisches Trainingscenter übergeben. Nachdem auch der Grenzübergang am Khunjerab-Pass nach dem Abklingen von SARS Anfang des Monats wieder geöffnet wurde, scheinen die Beziehungen zwischen den beiden Nachbarn nach wie vor ungetrübt. (PTV World, Islamabad, 3.7.03, nach BBC EF, 4.7.03; XNA, 2.7., 15.7., 16.7.03) -emc-

6 Ein weiterer Bericht aus den USA zur Menschenrechtssituation in China

Zu dem jährlich im Frühjahr vorgestellten Bericht zur Lage der Menschenrechte des amerikanischen Außenministeriums ist in diesem Jahr ein weiterer Bericht aus den USA hinzugekommen, der die Empörung der chinesischen Regierung entfachte. Im Rahmen des US-Mittelzuweisungsgesetzes („Fiscal Year 2003 Foreign Relations Authorization Act“) hat das amerikanische Außenministerium in diesem Jahr zum ersten Mal den Kongress in einem umfassenden Bericht über das Handeln der Regierung in Bezug auf die Verbesserung der Menschenrechtssituation auf der Welt unterrichtet. Der Ende Juni veröffentlichte Bericht trägt den Titel „Supporting Human Rights and Democracy: The U.S. Record 2002-2003“ und enthält eine Auflistung der Bemühungen der US-

Regierung zur Förderung der Menschenrechte und der Demokratie in 92 Ländern und Gebieten mit den, nach Ansicht des amerikanischen Außenministeriums, schlimmsten Menschenrechtsverletzungen.

Die chinesische Regierung hatte bereits mehrfach gegen das Mittelzuweisungsgesetz protestiert, da es jede Menge china-feindlicher Artikel enthalte. Bei seiner Unterzeichnung im September 2002 soll US-Präsident George W. Bush zugegeben haben, dass es tatsächlich unangemessene Artikel über China enthalte. Die Unterzeichnung würde aber nicht notwendigerweise die Akzeptanz oder Annahme dieser Ideen für seine Außenpolitik bedeuten. Nichtsdestotrotz erschien bereits im Mai im Rahmen des Gesetzes ein Präsidentenbericht über die „Tibet-Fragen“, der wie zu erwarten erneuten chinesischen Protest heraufbeschwor.

Obwohl der neue Menschenrechtsbericht im Vergleich zu dem im März veröffentlichten Bericht zur Lage der Menschenrechte (vgl. C.a., 2003/04, Ü 9) nichts Neues in Bezug auf China zu berichten hat, dürfte diese zusätzliche Zurechtweisung durch die USA die chinesische Regierung in besonderem Maße verärgern. Nicht nur, dass die VR China durch den Bericht in einen engeren Kreis von, aus Sicht der USA, Übeltätern in Sachen Menschenrechte vorgerückt ist – die Länderberichte kritisierten im Vergleich die Menschenrechtssituation in 196 Ländern –, auch dürfte die Schwerpunktsetzung auf die von der US-Regierung unternommenen Anstrengungen im Bericht eine besondere Schmach bedeuten, da solche von China grundsätzlich als Eingriffe in interne Angelegenheiten wahrgenommen werden. Konnte die chinesische Regierung mit ihrem seit einigen Jahren veröffentlichten eigenen Bericht zur Lage der Menschenrechte in den USA noch auf gleicher Ebene kontern, hat das bereits eingespielte politische Ritual nun einen machtpolitischen Zusatz erhalten, dem Beijing nichts entgegenzusetzen vermag.

Dem Stellvertretenden Vorsitzenden und Generalsekretär der Chinesischen Gesellschaft für Menschenrechtsstudien Dong Yunhu blieb nichts anderes übrig, als mit der üblichen Empörung

und Zurückweisung auf den neuen Bericht zu reagieren. In einem am 2. Juli veröffentlichten Artikel kritisierte er die US-Regierung, die sich ohne Beachtung der Fakten als Tutor aufspiele und unter dem Deckmantel der Menschenrechte Unilateralismus und Hegemonismus betreibe. Gleichzeitig lobte Dong die Fortschritte der chinesischen Regierung bei der Demokratisierung des politischen Systems und dem Schutz der Menschenrechte. Besonders in der mit diesem Jahrhundert begonnenen neuen Stufe der sozialen Entwicklung gehörten weitere Fortschritte in diesen Bereichen zu den wichtigen Zielsetzungen der Partei und der chinesischen Nation. (XNA, 2.7.03) -emc-

Innenpolitik

7 Rede Hu Jintaos zum 82. Gründungstag der KPCh legt Schwergewicht auf Theorie der „Dreifachen Repräsentation“

Anlässlich des 82. Gründungstags der Kommunistischen Partei Chinas hat Hu Jintao in seiner Funktion als Generalsekretär des ZK der KPCh am 1. Juni eine Ansprache vor mehr als 800 hochrangigen Parteikadern gehalten. Die Rede fand im Rahmen eines dreitägigen Symposiums über die Theorie der „Dreifachen Repräsentation“ in Beijing statt und befasste sich vorrangig mit diesem programmatischen Konzept seines Vorgängers Jiang Zemin. Über die politische Reformagenda des neuen ZK-Generalsekretärs gab die Ansprache nur wenig preis.

Die Doktrin der „Dreifachen Repräsentation“, die als parteiideologisches Vermächtnis des Vorsitzenden der Zentralen Militärkommission und ehemaligen Staats- und Parteichefs Jiang Zemin gilt, besagt, dass die KPCh die „Entwicklungsbedürfnisse der fortschrittlichen Produktivkräfte Chinas, die Ausrichtung der fortschrittlichen Kultur Chinas und die fundamentalen Interessen der breiten Bevölkerung“ repräsentiere. Das Konzept wurde auf dem XVI. Parteitag im Spätherbst letzten Jahres im Parteista-

tut verankert und gilt als Wegbereiter für die Aufnahme von Privatunternehmen und anderen neuen wirtschaftlichen Eliten in die – nach neuesten offiziellen Angaben – 66,94 Mio. Mitglieder umfassende KPCh (vgl. dazu C.a., 2001/7, S.739-746; 2002/12, S.1404-1409). Schon im Vorfeld des Gründungstages war die Kampagne zum Studium der Theorie der „Dreifachen Repräsentation“ merklich intensiviert worden.

In der Ansprache legte der neue ZK-Generalsekretär sein Verständnis der Theorie der „Dreifachen Repräsentation“ dar. Er bezeichnete die Doktrin als „neueste Errungenschaft der Entwicklung des Marxismus in China“ und betonte die Wichtigkeit ihres Studiums und ihrer Umsetzung für die Partei und das ganze Land. Das Konzept reflektiere „die gemeinsamen Bestrebungen der überwältigenden Mehrheit des chinesischen Volkes, verkörpere den Geist der Zeit in der China und die Welt sich entwickeln, demonstrieren die machtvolle Kraft der wissenschaftlichen Theorie des Marxismus“ und sei damit die „gemeinsame ideologische Grundlage auf der die gesamte Partei und die ganze Nation sich auch weiterhin im neuen Jahrhundert vereinigen und [gemeinsam] kämpfen werden.“ Die Theorie sei zudem eine wichtige Leitlinie für den „umfassenden Aufbau einer Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand“ (*quanmian jianshe xiaokang shehui*). Dieses Entwicklungsziel wurde bereits von Deng Xiaoping formuliert und besagt, dass die Volksrepublik bis zum Jahre 2050 die Rangstufe der entwickelten Industrienationen erreichen solle (vgl. dazu C.a., 2002/12, S.1402-1404).

Die Essenz der Theorie der „Dreifachen Repräsentation“ sei, so Hu, „eine Partei zu schaffen, die den Interessen der Öffentlichkeit dient und zum Vorteil des Volkes regiert“ (*lidang weigong, zhizheng weimin*). Dies müsse auch bei der Schaffung und Implementierung von Politikrichtlinien zum Ausdruck kommen. Parteikomitees und Regierungen aller Ebenen sollten den „Beschwerden der Massen zuhören, über ihre Ansichten nachdenken [...] sowie politische Entscheidungen wissenschaftlicher und demokratischer fällen“. Die Führungskader müssten ihre Verantwortung gegenüber dem Volk wahrnehmen und

sich „freiwillig der Aufsicht der Massen stellen“. Von vorrangiger Wichtigkeit sei es, dass sich die Partei um das „Wohlbefinden der Massen“ kümmere. Es gelte, ihre Arbeits- und Lebensprobleme zu lösen, insbesondere die von Erwerbslosen, von verarmten Menschen auf dem Lande und in den Städten. Nach den Worten des ZK-Generalsekretärs müsse eine einheitliche Führung der Partei angestrebt werden, die anerkennt, dass die Menschen die „Herren des Landes“ seien und das Land nach dem Gesetz regiert werde.

Nach Meinung des ZK-Generalsekretärs habe auch der Kampf gegen die kürzlich eingedämmte Lungenkrankheit SARS gezeigt, dass solange die Theorie der „Dreifachen Repräsentation“ umgesetzt, den fundamentalen Interessen des Volkes höchste Priorität eingeräumt sowie Fürsorge für die Massen gezeigt werde, die Partei „machtvolle Kräfte zur Überwindung jeglicher Schwierigkeiten sammeln und ihre Reformen, Öffnungsprogramme und ihren Modernisierungsprozess vorantreiben“ könne. Hu bezeichnete die Erfahrungen der SARS-Krise als „sehr wertvoll“. Der „Geist, Verantwortung gegenüber dem Volk zu zeigen“, müsse aufrechterhalten werden. „Unzulänglichkeiten, Schwachstellen und andere Probleme hinsichtlich der Einstellungen und des Arbeitsstils einiger Kader“ sollten ausfindig gemacht und verbessert werden. So müsse auch ein leistungsfähigeres Gesundheitssystem sowie Mechanismen zur Bewältigung derartiger Ausnahmezustände aufgebaut werden.

Zum Thema politische Reformen äußerte sich Hu Jintao – wie schon in den oben zitierten Passagen anklingt – lediglich indirekt. So wies er beispielsweise im Zusammenhang mit dem Aufbau einer „Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand“ darauf hin, dass die KPCh die neuen Rahmenbedingungen bei der Durchsetzung von Reformen, bei der Öffnung nach außen und bei der Entwicklung der sozialistischen Marktwirtschaft „richtig verstehen und angemessen handhaben müsse.“ Dafür sei der Aufbau einer „stärkeren und besseren Partei mit Reformgeist“ notwendig, sodass die Partei auch weiterhin ihr „Führungsniveau (*lingdao shuiping*) und die Qualität ihrer Regierungsarbeit (*zhizheng shuiping*)“ verbessern könne.

Konkretere Aussagen zur politischen Reformagenda des Staats- und Parteichefs waren der Rede entgegen vieler Erwartungen – vor allem westlicher Beobachter – jedoch nicht zu entnehmen. So fand auch das Konzept der „innerparteilichen Demokratie“ (*dangnei minzhu*) keinerlei Erwähnung, mit dem in erster Linie mehr Transparenz im politischen Entscheidungsprozess, eine breitere Partizipation von Parteimitgliedern auf Parteikongressen und eine verstärkte Aufnahme von Elementen demokratischer Konkurrenzahlen innerhalb der Parteigremien verbunden werden. Das Konzept war auf dem XVI. Parteitag im November 2002 als wichtiger Bestandteil des Aufbaus einer „sozialistischen Demokratie“ offiziell propagiert und seither von verschiedenen Medien diskutiert worden (vgl. C.a., 2002/12, S.1409-1412; 2003/4, Ü 12). Im Zuge der Bekundungen zu mehr Transparenz und Offenheit seitens der parteistaatlichen Führung während der SARS-Krise waren zudem seit Frühjahr diesen Jahres aus Regierungskreisen Verlautbarungen zu vernehmen Maßnahmen zur Förderung „innerparteilicher Demokratie“ bald einzuleiten. Bislang sind jedoch lediglich auf Provinzebene, beispielsweise im südwestchinesischen Sichuan, einige diesbezügliche Reformmaßnahmen experimentell eingeführt worden. Dass der neue ZK-Generalsekretär die Ausweitung dieser Reformen noch nicht weiter vorangetrieben und das Konzept nicht einmal in seiner Ansprache zum 82. Gründungstag der KPCh erwähnt hat, enttäuschte die Hoffnungen vieler westlicher Beobachter. Andere, vor allem chinesische Experten setzen dem entgegen, dass der Prozess politischer Reformen in China ein langsamer sei, der sich Schritt für Schritt nach vorne tasten würde. Große Sprünge seien hierbei nicht zu erwarten.

Mit seiner Rede zum 82. Gründungstag der KPCh hat der frischgebackene ZK-Generalsekretär in erster Linie dem parteiideologischen Vermächtnis seines Vorgängers Jiang Zemin Tribut gezollt, was unter anderem zeigt, dass sich Hu Jintao dem langen Schatten seines Vorgängers noch nicht entziehen konnte. Nichtsdestotrotz signalisiert die Ansprache jedoch aufs Neue das Bestreben des ZK-Generalsekretärs, Chinas entrückte und korrupte

te Bürokratie einer verstärkten Aufsicht des Volkes zu unterwerfen. (*Hong Kong Economic Journal*, 20.6.03, nach BBC PF, 22.6.03; Xinhua, 1., 3., 10., 12., 20.7.03, nach BBC PF, 2., 5., 12., 13., 16., 27.7.03; DGB, 27.6., 3.7.03, nach BBC PF, 29.6., 9.7.03; FT, 2.7.03; NZZ, 2.7.03; IHT, 2., 5.7.03) -bk-

8 Sommerklausur in Beidaihe gestrichen

Die chinesische Führung hat dieses Jahr die informelle Tagung im Badeort Beidaihe abgesagt. Nach Angaben von Regierungsbeamten bleibe die parteistaatliche Elite in diesem Sommer zusammen mit dem gesamten Regierungsapparat in Beijing. Auf diese Weise solle die Arbeitsproduktivität erhöht und Staatsgelder gespart werden.

Die neue Führung um Partei- und Staatschef Hu Jintao und Ministerpräsident Wen Jiabao bricht damit eine alte Tradition ihrer Vorgänger. Die sommerliche Klausurtagung der parteistaatlichen Elite im Badeort an der Bohai-See, 280 Kilometer östlich der Hauptstadt, war in den fünfziger Jahren unter Mao Zedong eingeführt und von Deng Xiaoping und Jiang Zemin fortgesetzt worden. Zumeist in den Monaten Juli/August trafen sich hier die höchsten Regierungs- und Militärvertreter sowie Parteiveteranen für mehrere Wochen, um sich von der Hitze in Beijing zu erholen und um die politische Agenda sowie wichtige personalpolitische Entscheidungen im Vorfeld der im Herbst stattfindenden Plenen der KPCh festzulegen.

Kommentatoren werten die Absage der traditionellen Sommerklausur als weiteren Versuch der Führungselite, Volksnähe zu demonstrieren und die Legitimität der Partei zu erhöhen. Die in starker Diskretion gehaltenen und undurchsichtigen Beidaihe-Tagungen passen nicht in das Bild einer modernen und transparenten Regierung, um das sich Hu und Wen bemühen. Die Entscheidung zeige zudem, dass sich die parteistaatliche Leitung für einen neuen Führungsstil mit geregelten Verfahrensweisen und Institutionen einsetze.

Die symbolische Wirkung, die von der Streichung der Sommerklausur aus-

geht, ist sicherlich nicht zu unterschätzen. Nichtsdestotrotz fehlt es bisher an substanziellen Reformmaßnahmen seitens der neuen Führung, um ihre Bekundungen zu mehr Transparenz und Offenheit in die Tat umzusetzen (siehe dazu auch vorangegangene Übersicht). (FEER, 17.7.03; FT, 19./20.7.03; HB, 21., 23.7.03; Willy Wo-Lap Lam, „China: Breaking with the Past?“, www.cnn.com, 23.7.03) -bk-

9 Korruptionsskandale um bekannte Privatunternehmer

Die Reihe spektakulärer Korruptionsskandale in China reißt nicht ab und hat auch in den letzten Wochen das Aufsehen der chinesischen und internationalen Öffentlichkeit erregt. Im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stehen dabei insbesondere die Ermittlungen gegen prominente Privatunternehmer.

So ist im Strafprozess gegen den Tycoon Yang Bin inzwischen ein Urteil ergangen (vgl. C.a., 2002/10, Ü 31). Mitte des Monats sprach ein Gericht in der nordöstlichen Stadt Shenyang, Provinz Liaoning, den 40-Jährigen unter anderem der Bestechung, des Betrugs und der Urkundenfälschung für schuldig und belegte ihn mit einer Freiheitsstrafe von 18 Jahren. Yang, der die niederländische Staatsbürgerschaft besitzt, und sein Unternehmen Euro-Asia Agricultural wurden zudem zu einer Geldstrafe von insgesamt rund 900.000 Dollar verurteilt.

Der in Nanjing geborene Yang Bin war 1987 zum Studium nach Holland gegangen, wo er nach der Niederschlagung der Protestbewegung 1989 politisches Asyl beantragte. Nachdem er dort erste Erfolge als Textilunternehmer erzielen konnte, kehrte er 1994 in seine Heimat zurück, wo er es mit Orchideenzucht und Immobiliengeschäften schnell zu enormem Reichtum brachte. Das Magazin *Forbes* kürte ihn im Jahre 2001 mit einem geschätzten Vermögen von etwa 900 Millionen Dollar zum zweitreichsten Mann Chinas. Zu den spektakulärsten Vorhaben Yangs wird der Bau eines „Hollanddorfes“ in der Industriestadt Shenyang, Sitz seines an der Hongkonger Börse notierten Unternehmens, gezählt.

Bereits letzten Oktober war der schwerreiche Unternehmer, der gegen das Urteil Berufung einlegen will, unter Hausarrest gestellt und schließlich im November verhaftet worden. Kurz zuvor hatte ihn die koreanische Regierung zum Leiter einer geplanten Wirtschaftssonderzone in Sinuiju an der nordkoreanisch-chinesischen Grenze berufen. Viele Beobachter vermuten hinter der unerwarteten strafrechtlichen Verfolgung Yang Bins daher auch eine mögliche Verärgerung seitens der parteistaatlichen Führung in Beijing, nicht im voraus über diese Pläne informiert worden zu sein. Andere Kommentatoren mutmaßen, dass die Behörden in Shenyang besonders streng gegen Korruption vorgehen, wie bereits die harten Strafen im Korruptionsskandal um den ehemaligen Bürgermeister der Stadt, Mu Suixin, und seinen Stellvertreter, Ma Xiangdong, gezeigt hätten. Beide waren zusammen mit drei weiteren hochrangigen Funktionären von Shenyang im Oktober 2001 zum Tode verurteilt worden (vgl. C.a., 2001/10, Ü 9).

Die Verurteilung Yangs werten chinesische Rechtsexperten zudem als Warnung der parteistaatlichen Führung an die chinesische Unternehmerelite, die Gesetze des Landes einzuhalten. Dass die parteistaatliche Führung der Korruption innerhalb der Geschäftswelt den Kampf angesagt hat, zeigen auch verschiedene andere Untersuchungsverfahren gegen Großunternehmer wie beispielsweise den Shanghai-Immobilienmagnaten Zhou Zhengyi und Yang Rong, Gründer und ehemaliger Vorstandschef der Autofirma Brilliance, des neuen Joint-Venture-Partners von BMW. Insbesondere der Fall des millionenschweren Unternehmers Zhou Zhengyi zieht immer weitere Kreise. Zhou, der sowohl in Shanghai als auch in Hongkong mehrere Unternehmen besitzt, sitzt seit Ende Mai wegen undurchsichtiger Kreditgeschäfte und Steuerhinterziehung in Untersuchungshaft. In erster Linie wird er beschuldigt, sich in Hongkong und auf dem Festland bei der Bank of China illegal Kredite in Höhe von etwa 850 Mio. Euro verschafft zu haben. Im Zusammenhang mit diesem Fall wurden inzwischen einige Wirtschaftsgrößen in Hongkong und Shanghai verhaftet und zum Teil verhaftet. So war bereits Ende Mai der Vorsitzende der

Bank of China in Hongkong, Liu Jinbao, nach Beijing zurückgerufen und vernommen worden. Nach Angaben der Nachrichtenagentur Xinhua haben sich die Vorwürfe gegen Liu nach eingehender Untersuchung jedoch nicht bestätigt.

Besonders heikel ist für die Regierung, dass der Shanghaier Tycoon über enge Beziehungen zu hohen Führungskadern in der Hafenstadt Shanghai verfügt haben soll. Die Spekulationen, dass hochrangige Mitglieder und Verwandte der so genannten Shanghai-Fraktion um den Vorsitzenden der Zentralen Militärkommission sowie ehemaligen Staats- und Parteichef, Jiang Zemin, in den Fall involviert sind, haben in den letzten Wochen weiter Nahrung bekommen. Nach Meinung einiger Beobachter seien die Untersuchungen durch das höchste Korruptionsbekämpfungsorgan der Partei, die Zentrale Disziplinkontrollkommission, deren Leiter Wu Guanzheng dem neuen Staats- und Parteichef Hu Jintao nahe stehen soll, seit Ende Juni aufgrund starken innerparteilichen Drucks zurückgefahren worden. Experten glauben, dass ähnlich wie bei dem Schmuggel- und Korruptionsskandal in der Hafenstadt Xiamen Ende der neunziger Jahre die involvierten Regierungs- und Parteikader der allerhöchsten Ebene auch dieses Mal weitestgehend ungeschoren davonkommen.

Die Verurteilung Yang Bins und die Ermittlungen gegen Shanghais reichsten Mann, Zhou Zhengyi, haben die intransparenten Geschäftspraktiken, aber auch die Gefahren, denen Chinas Privatunternehmer ausgesetzt sind, erneut ins Rampenlicht gerückt. Vieles im chinesischen Wirtschaftsbereich spielt sich in einer gesetzlichen Grauzone ab. Umfangreiche politisch-administrative Verfügungsrechte sowie ein durch politische Eingriffe undurchsichtiger und verzerrter Wettbewerb leisten einer grassierenden Korruption Vorschub. Intensive Verbindungen zu lokalen und zentralen staatlichen Entscheidungsträgern sind für den Erfolg eines Unternehmers von entscheidender Bedeutung. Diese enge, durch Tauschbeziehungen und Begünstigungen geprägte Verflechtung zwischen alten Macht- und neuen Wirtschaftseliten untergräbt die Durchsetzung formel-

ler Gesetze und Regelungen und trägt erheblich zur unternehmerischen Unsicherheit in China bei. Es gibt daher wohl kaum einen Großunternehmer in China, der aus gegebenem Anlass nicht von den Behörden in Schwierigkeiten gebracht werden könnte.

Die neue Führung ist sich dieses gravierenden und vielschichtigen Problems durchaus bewusst. Staats- und Parteichef Hu Jintao und Ministerpräsident Wen Jiabao räumen der Korruptionsbekämpfung oberste Priorität ein und versuchen der endemischen Korruption vermehrt auch mit institutionellen Mechanismen beizukommen (vgl. dazu C.a., 2003/2, Ü 8; 2003/3, Ü 10). Die Führungselite setzt sich für eine modernere und effektivere Bürokratie sowie überprüfbare Regelungen für die Beförderung von Regierungsbeamten und die Vergabe öffentlicher Aufträge ein. Anscheinend ist auch eine Stärkung der Rechte von Privatunternehmern geplant. Dieser Punkt soll gemäß Einschätzungen von Chinaexperten auf der Agenda der kürzlich eingerichteten Führungsgruppe zur Vorbereitung von Verfassungsänderungen stehen (vgl. C.a., 2003/6, Ü 11).

Unterdessen wurde im Juni eine von der Chinesischen Akademie der Wissenschaften und der Qinghua-Universität in Beijing durchgeführte Studie zu Ursachen und Charakteristiken der Korruption in China in den letzten 20 Jahren (zu lesen unter www.china.org.cn, 11.6.03) veröffentlicht. Bemerkenswert ist, dass sich die Untersuchung insbesondere mit der Korruption der oberen Regierungsebenen befasst. Unter anderem kommen die Wissenschaftler zu der Schlussfolgerung, dass in der Vergangenheit zahlreiche hohe Beamte, von denen bekannt war, dass sie Bestechungsgelder angenommen hatten, trotzdem befördert worden seien. Die Studie diagnostiziert zudem, dass „ein Problem bei der Auswahl von Regierungsbeamten“ bestünde. (XNA, 4.6., 14.7.03; ZXS, 11.6.03, nach BBC PF, 12.6.03; FEER, 3.7.03; SCMP, 7.7.03; FT, 7., 15.7.03; SZ, 15.7.03; WSJ, 15.7.03; NZZ, 16.7.03; Willy Wo-Lap Lam, „China: Breaking with the Past?“, www.cnn.com, 23.7.03) -bk-

10 Sozialdienst für Straffällige

In einer zunehmenden Anzahl von Provinzen und regierungsunmittelbaren Städten werden von Justizbehörden experimentell Programme durchgeführt, die es Straffälligen erlaubt, anstelle von Gefängnisstrafen Sozialdienst zu leisten. Entsprechende Modelle wurden bereits in Shanghai, Tianjin, den Ostprovinzen Jiangsu und Zhejiang sowie seit Anfang des Monats in der Hauptstadt Beijing eingeführt. Andere Provinzen wie beispielsweise Guangdong bereiten ähnliche Programme vor.

In der Hafenstadt Shanghai, wo derartige Pilotprojekte zur Wiedereingliederung von Straffälligen in die Gesellschaft schon seit gut einem Jahr laufen, gelten die vom Volksgerichtshof der Stadt beschlossenen Regelungen zum Sozialdienst seit dem 1. Juli für die gesamte Stadt. Danach können Straffällige, die keine Gefahr für die Gesellschaft darstellen, anstelle einer Haftstrafe Sozialdienst leisten. Darunter fallen folgende Gruppen von Straffälligen:

- Häftlinge, die schon die Hälfte ihrer Gefängnisstrafe verbüßt oder weniger als sechs Monate übrig haben,
- Schwerkranke, die dringend medizinische Behandlung außerhalb des Gefängnisses benötigen,
- Schwangere und Mütter von Neugeborenen,
- Heranwachsende.

Die Sozialdienstleistenden müssen unter anderem regelmäßig über ihre Arbeit Bericht erstatten und dürfen sich nur mit Erlaubnis aus ihrer Gemeinde/ihrem Stadtteil entfernen. Es ist ihnen jedoch erlaubt, innerhalb ihrer Gemeinde Kontakt zu anderen aufzunehmen.

Nach Angaben der offiziellen Nachrichtenagentur Xinhua seien die bisherigen Programme in Shanghai äußerst erfolgreich verlaufen. Von den insgesamt 100 Sozialdienstleistenden sei bisher keiner rückfällig geworden. Allerdings werde der Sozialdienst nicht von allen Teilen der Bevölkerung begrüßt. Einige Menschen könnten es

nicht verstehen, warum Straffällige anstelle von Gefängnisstrafen wieder nach Hause geschickt würden. Regierungsbeamte sehen daher noch Bedarf, bei der Bevölkerung um Akzeptanz für die neue Strafvollzugspraxis zu werben.

Nach Ansicht chinesischer Rechtsexperten und Sozialwissenschaftler ist die Ausweitung des Sozialdienstes als großer Fortschritt zu bezeichnen. So hätte die meist völlige Isolation der Häftlinge eine Resozialisierung nach ihrer Entlassung bisher stark erschwert und die Chancen, erneut straffällig zu werden, erhöht. Das Ableisten sozialer Dienste würde es erleichtern, „kriminelles Denken und Verhalten zu korrigieren“ und eine allmähliche Wiedereingliederung in die Gesellschaft unterstützen. Die zunehmende Einführung von Sozialdienstprogrammen in China zeige zudem, dass die chinesische Justiz mit der internationalen Praxis Schritt halte.

Viele Beobachter hoffen, dass diese neue Praxis insgesamt zu einer humaneren Behandlung von Häftlingen in China führen wird. Menschenrechtsaktivisten in Hongkong mahnen jedoch an, dass die Ausweitung der Sozialdienstprogramme für Straffällige nicht als Ersatz für die dringend notwendigen Reformen im chinesischen Rechtssystem dienen dürfe. (Xinhua, 1.7.03, nach BBC PF, 2.7.03; XNA, 1., 25., 31.7.03; SCMP, 30.7.03) -bk-

11 XV. Nationaler Kongress des Kommunistischen Jugendverbandes

Ende Juli versammelten sich rund 1.500 Vertreter des Kommunistischen Jugendverbandes Chinas (*Zhongguo gongchanzhuyi qingniantuan* kurz *gongqingtuan*) zum XV. Nationalen Kongress in Beijing. Neben der Wahl eines neuen Zentralkomitees, stimmten die Abgeordneten einer Änderung des Verbandsstatuts zu, welche die Theorie der „Dreifachen Repräsentation“ zusammen mit dem Marxismus-Leninismus, den Mao-Zedong-Ideen und der Theorie Deng Xiaopings als „Richtschnur allen Handelns“ des Verbandes in der Satzung verankerte.

Dem alle fünf Jahre stattfindenden Kongress, der wegen der SARS-Krise von Mai auf Juli verschoben wer-

den musste, wurde von der parteistaatlichen Führung große Aufmerksamkeit gewidmet, was sich auch an der breiten Berichterstattung über das Ereignis in den chinesischen Medien widerspiegelte. Staats- und Parteichef Hu Jintao, der zusammen mit anderen Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Politbüros an der Eröffnungszereemonie am 22. Juli teilnahm, äußerte, dass die junge Generation „die Hoffnung des Landes und der chinesischen Nation“ sei. Er forderte die jungen Leute auf, ihre Talente verstärkt für die Modernisierung des Landes einzusetzen. Zugleich ermahnte der ZK-Generalsekretär die Parteikomitees auf allen Ebenen, die Arbeit der Jugendliga mehr zu unterstützen und eine „Umgebung zu schaffen, in der junge Leute ihre Begabungen optimal entfalten könnten“.

In den letzten Jahren wächst die Sorge der Parteiführung, die Unterstützung der jüngeren Generation zu verlieren. Der im Amt bestätigte erste Sekretär des landesweit 69 Millionen Mitglieder umfassenden Jugendverbandes, Zhou Qiang, gestand ein, dass die Jugendliga an Anziehungskraft verloren habe. Es sei dem Verband nicht gelungen, sich den signifikanten sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen der letzten beiden Jahrzehnte in der Volksrepublik anzupassen. Er äußerte, dass sich die Jugendliga dieser Probleme und Schwierigkeiten durchaus bewusst sei und sich in Zukunft bemühen wolle, ihre Attraktivität für die junge Generation zu erhöhen. Beispielsweise sei geplant, konkrete Dienstleistungen, wie Unterstützung zur Fortführung des Studiums, Hilfe beim Aufbau einer eigenen Firma oder bei der Jobsuche, anzubieten. Darüber hinaus wolle die Jugendliga einige Reformen hinsichtlich ihrer Organisation durchführen. Unter anderem solle die Partizipation der Mitglieder durch die Einführung von Wahlen der Verbandssekretäre auf allen Ebenen ausgeweitet werden.

Nach Meinung von Beobachtern könnte aber auch der neue Staats- und Parteichef Hu Jintao zur Erhöhung der Anziehungskraft des Jugendverbandes beitragen. Dieser bekleidete Anfang der achtziger Jahre das Amt des Jugendverband-Chefs und ist damit nach dem 1987 gestürzten Hu Yaobang der zweite ZK-Generalsekre-

tär, der eng mit der Jugendliga verbunden ist. Einige Analysten sehen im Jugendverband, der traditionell als Rekrutierungspool der KPCh gilt, eine Machtbasis des frischgebackenen Generalsekretärs. Viele junge Leute könnten sich daher möglicherweise durch eine Mitgliedschaft Chancen auf hohe Regierungs- und Parteiämter ausrechnen. Fest steht, dass dem Jugendverband, der im Mai letzten Jahres seinen achtzigsten Gründungstag begangen hatte (vgl. C.a., 2002/5, Ü 11), seit der Amtsübernahme Hus wieder mehr Aufmerksamkeit in der chinesischen Öffentlichkeit gewidmet wird. (XNA, 18., 22., 23., 25., 26.7.03; SCMP, 21., 23., 26.7.03; Xinhua, 22., 25., 26., 27.7.03, nach BBC PF, 24., 26., 27., 29.7.03; ZXS, 26.7.03, nach BBC PF, 28.7.03) -bk-

12 Jiangsu legalisiert Zusammenleben unverheirateter Paare

In der südostchinesischen Provinz Jiangsu hat der Volkskongress auf Vorschlag der Provinzregierung eine Vorschrift aufgehoben, die das Zusammenleben unverheirateter Paare verbietet. Die Bestimmung, die insbesondere auf die große Gruppe von Wanderarbeitern in der Provinz abzielte, war 1994 eingeführt worden, um Prostitution vorzubeugen. Vermieter waren nach dieser Regelung angehalten, sich die Traubescheinigung von Paaren vor deren Einzug zeigen zu lassen und auch in Hotels durften sich bisher nur verheiratete Paare ein Zimmer teilen.

Jiangsu ist mit der Aufhebung dieser Bestimmung Vorreiter im Land. Zwar gibt es in China kein nationales Gesetz, dass das Zusammenleben von unverheirateten Paaren verbietet, allerdings sind im Großteil der Provinzen einschlägige Regelungen erlassen worden. Eine der wenigen Großstädte, in denen keine Bestimmungen dieser Art gelten, ist die Hafenstadt Shanghai. Nichtsdestotrotz leben auch in anderen großen Städten mittlerweile immer mehr unverheiratete Paare auch ohne Erlaubnis zusammen. Auch „gemischte“ Wohngemeinschaften gehören hier längst zum neuen Lebensstil vieler junger Leute.

Die Zeitung *Beijing Youth Daily* (*Qingnian Bao*) lobte die Abschaffung des Verbots in Jiangsu als „Schutz der Privatsphäre“ der Bürger. Es zeige, dass sich die Einstellung der Regierung wandelt und nunmehr mehr Wert auf Rechtsstaatlichkeit gelegt wird. Auch chinesische Rechtsexperten sehen in dem Schritt der Provinz Jiangsu einen Fortschritt für die Rechte des Einzelnen in China.

Die Legalisierung des Zusammenlebens von Paaren ohne Trauschein in Jiangsu ist diesen Monat auch zum Gegenstand der Diskussion in chinesischen Internet-Chatrooms geworden. Während eine Minderheit moralische Bedenken äußerte, befürwortete eine Mehrheit – der sicherlich eher jungen Diskussionsteilnehmer – die Entscheidung der Provinzregierung in Jiangsu. Gemäß einer vom Internetportal Sohu durchgeführten Umfrage, stehen 85% der Teilnehmer hinter dieser Reform. (SZ, 11.7.03; SCMP, 14.7.03; CD, 22.7.03) -bk-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

13 SARS und die Reform des chinesischen Gesundheitswesens

Ende Juli meldete das Gesundheitsministerium, dass sich nur noch 12 SARS-Patienten in Beijinger Krankenhäusern aufhalten würden. Da dies nur wegen der Behandlung anderer Krankheiten erforderlich sei, habe China SARS besiegt. Die Weltgesundheitsorganisation WHO hat diese Entwicklung begrüßt, jedoch zugleich darauf hingewiesen, dass die Krankheit leicht wieder auftreten könne. „Ein Kapitel ist abgeschlossen“, sagte der Leiter des Beijinger WHO-Büros, „aber damit ist es nicht notwendigerweise vorbei“. Ähnliche Einschätzungen haben Gesundheitsexperten auch für die übrigen betroffenen Länder abgegeben. Wichtig sei es, bis zum möglicherweise erneuten Ausbruch im Winter entsprechende Vorkehrungen zu treffen, z.B. durch die Entwicklung eines Schnelltests. Aber auch dann würden, so Klaus Stohr, der Lei-

ter des Grippeprogramms der WHO, enorme Probleme für China entstehen. Dies zeige eine Studie für die Provinz Guangdong, in der die Krankenakten von 46.000 Patienten mit Atemwegserkrankungen für die Zeit von Januar 2001 bis Dezember 2002 ausgewertet wurden. Rund 20% von ihnen zeigten klinische Anzeichen, die auf SARS hätten hindeuten können. Alle Patienten mit grippeähnlichen Symptomen zu untersuchen, würde das chinesische Gesundheitswesen vor enorme Probleme stellen (IHT, 29.7.03; WSJ, 31.7.03).

SARS hat die Mängel dieses Gesundheitssystems sehr deutlich werden lassen, auch für die chinesische Führung. So reagierte sie sehr schnell, als Ende April im inneren der südchinesischen Provinz Guangdong eine Reihe von Enzephalitis B-Fällen gemeldet wurden. Gewöhnlich tritt diese Krankheit nach Angaben der Behörden erst im Juni im Süden auf und verbreitet sich dann gen Norden. Der Höhepunkt wird regelmäßig im Sommer erreicht und erstreckt sich meist bis September. Jetzt gab es Ende Juni bereits 310 bestätigte Erkrankungen und 27 Todesfälle (davon 90% Kinder unter 11 Jahren), die örtlichen Behörden sowie das Gesundheitsministerium erklärten jedoch übereinstimmend, dass die Lage unter Kontrolle sei. Umso erstaunlicher ist, dass die bekannten Fälle ständig zunahmen und z.B. der stellvertretende Gouverneur der Provinz alle Verantwortlichen zu erhöhter Aufmerksamkeit aufrief (XNA 23., 29.6.03; ST, 3.7.03).

Die chinesische Führung hat unterdessen nicht versäumt, den Erfolg im Kampf gegen SARS für ihre eigene Legitimation zu nutzen. So hob der Generalsekretär der KP Hu Jintao in seiner Rede zum Gründungstag der Partei hervor, dass der Sieg über die Krankheit in erster Linie der Einheit und dem heroischen Kampf der gesamten Partei und der gesamten Nation zu verdanken sei. Auch die stellvertretende Ministerpräsidentin Wu Yi, die für die Bekämpfung von SARS verantwortlich war, hob den „Anti-SARS-Geist“ hervor, den es zu stärken und zu erhalten gelte. Beide – Hu wie Wu – betonten aber auch vor allem die Notwendigkeit, das öffentliche Gesundheitssystem unter Nutzung der gemachten Erfahrungen auszubauen.

en. SARS, so Wu, habe die Schwächen des Systems offen gelegt, seine fehlende Wachsamkeit gegenüber gesundheitlichen Notfällen, seine inadäquaten Kontrollmechanismen für ansteckende Krankheiten, die Nachlässigkeit bei der Einhaltung der Gesundheitsgesetze und seine Mängel im ländlichen Bereich. Alle im Gesundheitswesen Tätigen sollten mit dem notwendigen „Anti-SARS-Geist“ dazu beitragen, das Gesundheitswesen zu verbessern (XNA, 1., 29.7.03).

Inzwischen sind auch einige konkrete Maßnahmen bekannt geworden, sowohl auf zentraler wie auch auf lokaler Ebene:

- Der Nationale Volkskongress hat die Ergänzung zweier Gesetze für 2003 auf die Agenda gesetzt. Damit sollen vorhandene Lücken im Gesetz zur Verhütung und Kontrolle ansteckender Krankheiten geschlossen werden, vor allem sollen fehlende Maßnahmen zur Bekämpfung neuer Krankheiten ergänzt und die zu allgemeinen Bestimmungen für das Meldewesen konkretisiert werden; und das Gesetz zum Schutze wilder Tiere soll erweitert werden, um die Übertragung von Krankheiten zu verhindern (XNA, 16.6.03).
- Die staatlichen Krankenhäuser sollen durch zusätzliche Investitionen seitens des Gesundheitsministeriums und der Staatlichen Entwicklungs- und Reformkommission leistungsfähiger gemacht werden. Um dieses Ziel angesichts begrenzter öffentlicher Mittel zu erreichen, soll sich dieses Bemühen nach Angaben von Cai Renhua, Direktor des China National Health Economics Institute, auf bestimmte allgemeine Krankenhäuser sowie Krankenhäuser für Infektionskrankheiten und traditionelle chinesische Medizin konzentrieren, während viele andere aus dem staatlichen Eigentum entlassen werden und nach Marktprinzipien arbeiten sollen (XNA, 31.7.03).
- Die Stadt Beijing hat Mitte Juli eine Arbeitskommission eingesetzt, die Vorschläge für die